

Geburtshilfe stärken – Hebammenberuf sichern



1. Bundesfrauenrat 2019
4./5. Mai 2019, Berlin

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: H Sicherung des Berufsstands der Hebammen

1 Geburtshilfe stärken - Hebammenberuf sichern

- 2 Geboren mit Hilfe einer Hebamme – dieser Slogan der Hebammenverbände macht es deutlich:
3 Alle
4 brauchen Hebammen – mindestens einmal in ihrem Leben.
5 Hebammen sind unverzichtbar für einen guten Start ins Leben. Sie sind entscheidend dafür,
6 dass Schwangere und Familien frei entscheiden können, wie und wo sie ihr Kind zur Welt
7 bringen.
8 Deswegen muss die Geburtshilfe gestärkt und der Hebammenberuf gesichert werden. Vielfalt
9 und
10 Qualität in der Begleitung und Betreuung von Schwangeren, Familien und Kindern müssen
11 erhalten werden.
12 Damit Entscheidungsfreiheit und Selbstbestimmung Schwangerer und ihrer Familien
13 gewährleistet werden, wollen wir Hebammen in ihrer verantwortungsvollen Berufsausübung
14 stärken, den Beruf strukturell aufwerten, damit attraktiver machen und so den Berufsstand
15 der Hebammen erhalten.

14 Hebammenberuf absichern

- 15 Wir setzen uns für eine bessere und angemessene Bezahlung ein, die alle Tätigkeiten
16 berücksichtigt und der großen Verantwortung auch gerecht wird.
17 Zusätzlich brauchen Hebammen eine langfristig tragbare Lösung der Frage der
18 Haftpflichtversicherung: Die Berufshaftpflicht für Gesundheitsberufe sollte nach den
19 Prinzipien der gesetzlichen Unfallversicherung umgestaltet werden. Denn steigende Kosten bei
20 den Haftpflichtprämien betreffen fast alle Gesundheitsberufe. Über diese Umgestaltung würden
21 somit die Kosten auf mehr Schultern verteilt und der Beitrag für jede einzelne Hebamme oder
22 Ärzt*in würde sinken.

23 Bessere Arbeitsbedingungen in den Kliniken

- 24 Überstunden, fehlende Ruhepausen und hebammenfremde Tätigkeiten stehen einer Zuwendung
25 und
26 dem Eingehen auf die Bedürfnisse einer Gebärenden oft entgegen. Ausreichend Zeit für die
27 Bedürfnisse der Schwangeren ist für einen guten Geburtsverlauf jedoch essentiell und
28 entspricht für viele Hebammen dem Selbstverständnis ihres Berufes. Darum braucht es mehr
29 Personal.
30 Wir wollen, dass verpflichtende Personalschlüssel eingeführt werden, die gewährleisten, dass
31 eine Eins-zu-Eins-Betreuung durch Hebammen in allen wesentlichen Phasen der Geburt
32 sichergestellt ist. Personalbemessungsinstrumente müssen so gestaltet sein, dass
33 Versorgungspässen vorgebeugt wird.

33 Um die Vielfalt in der Geburtshilfe zu erhalten, wollen wir die Ansiedlung von
34 Geburtshäusern in räumlicher Nähe zu Kliniken und hebammengeleitete Kreißsäle in Kliniken
35 ausbauen.

36 **Spontane Geburten fördern**

37 Die moderne Medizin ist für Schwangere eine Sicherheit für sich und ihr Kind, Kaiserschnitte
38 retten Leben. Es ist ein großer Erfolg der jüngeren Zeit, dass die Mütter- und
39 Säuglingssterblichkeit so stark zurückgegangen ist. In Deutschland gibt es aber eine im EU-
40 Vergleich sehr hohe Rate an Kaiserschnitten, die nicht allein mit medizinischer
41 Notwendigkeit begründet werden kann. So wird in Deutschland bereits fast jedes dritte Kind
42 mit Kaiserschnitt auf die Welt gebracht, während der Anteil der medizinisch notwendigen
43 Kaiserschnitte, laut Weltgesundheitsorganisation, bei 10-15% liegt. Wir wollen Fehlanreize
44 für Kaiserschnittgeburten beseitigen. Es braucht bundesweite Qualitätsvorgaben zur Reduktion
45 medizinisch nicht notwendiger Kaiserschnitte, die kontinuierlich durch ein Monitoring
46 begleitet werden. Kliniken sollten verpflichtet sein, ihre Kaiserschnittraten und die
47 Maßnahmen zur Senkung derselben zu veröffentlichen.

48 Die Aufklärung über verschiedene Geburtsverläufe und deren Folgen soll verbessert werden.

49 **Eine Reform der Hebammenausbildung**

50 Nach den Vorgaben der EU muss der Hebammenberuf bis 2020 vollständig akademisiert
werden.

51 Die Akademisierung ist die Grundlage dafür, dass Hebammen gemäß ihrer Qualifikation
52 eingesetzt und bezahlt werden.

53 Wir setzen uns dafür ein, dass diese Ausbildungsreform darauf ausgerichtet ist, Hebammen
54 besser zu stellen und sie in der interprofessionellen Zusammenarbeit zu stärken, um so die
55 Versorgungssicherheit und die Qualität in der Geburtshilfe zu erhöhen. Eine gute Ausbildung
56 von Hebammen fördert die selbstbestimmte Geburt für die Gebärenden.

57 Bei dieser Reform ist zu beachten,

- 58 1. dass in das Studium ein hoher Praxisanteil integriert ist, der in Kliniken, ambulanten
59 Einrichtungen und bei freiberuflichen Hebammen stattfinden soll.
- 60 2. dass, die bereits ausgebildeten Hebammen gleichgestellt werden.
- 61 3. dass die Expertise erfahrener Hebammen in die akademische Ausbildung integriert
wird.
- 62 4. dass die Erfahrungen der Hebammenschulen genutzt werden.
- 63 5. dass Hebammen ohne akademische Ausbildung eine nachträgliche akademische
64 Qualifikation ermöglicht wird, ohne, dass sie ein vollständiges Studium durchlaufen müssen.
- 65 6. dass für angehende Hebammen ein Wechsel in die akademische Ausbildung
möglich ist.
- 66 7. dass die Ausbildung interdisziplinär ausgerichtet wird und wo möglich in
67 Zusammenarbeit mit den medizinischen Fakultäten erfolgt.
- 68 8. dass zudem die Länder bei der schnellen Einrichtung von Studienkapazitäten auch
69 finanziell unterstützt werden.

Gemeinsam für lesbische Sichtbarkeit - LBTIQ*-Frauen stärken



1. Bundesfrauenrat 2019
4./5. Mai 2019, Berlin

Gremium: Bundesfrauenrat, BAG Frauenpolitik
Beschlussdatum: 04.05.2019
Tagesordnungspunkt: L Lesbische Sichtbarkeit

- 1 Die Frauenbewegung hat vieles erreicht. Sie ermöglicht eine zunehmend bessere Teilhabe und
- 2 Empowerment von Frauen in fast allen gesellschaftlichen Bereichen. Als kraftvolle Bewegung
- 3 standen und stehen Frauen aller sexuellen Orientierungen - Heterosexuelle und Lesben - auch
- 4 heute Seite an Seite für Feminismus und eine geschlechtergerechte Gesellschaft. Doch noch zu
- 5 oft gehen die Forderungen wie auch die Sichtbarkeit lesbischer Frauen in allgemeinen,
- 6 feministischen Zielsetzungen unter. Lesbische Frauen waren von Beginn an Teil der LSBTIQ*-
- 7 Emanzipationsbewegung und der Frauenbewegung, doch sie mussten und müssen oftmals
- 8 gegen
- 9 Marginalisierung ankämpfen. Deswegen stehen wir gemeinsam ein für mehr Sichtbarkeit von
- 10 lesbischer Geschichte, Kultur und Leben und gegen die Marginalisierung und Diskriminierung
- 11 lesbischer Frauen.
- 12 Wenn in öffentlichen Debatten von homosexuellen Menschen gesprochen und geschrieben wird,
- 13 sind mehrheitlich schwule Männer präsent. Sie werden weit häufiger interviewt oder
- 14 fotografiert, etwa wenn es um aktuelle Debatten wie die "Gay Pride"-Paraden oder die
- 15 Eheöffnung geht. So entsteht ein gesellschaftliches Bild von "Homosexualität = schwul".
- 16 Lesbische Frauen werden mit ihren Themen folglich marginalisiert, selbst wenn es etwa um die
- 17 Rechte von Regenbogenfamilien geht, die zu über 90% aus lesbischen Frauenpaaren bestehen.
- 18 Und auch das Gedenken an die lesbischen Opfer des Nationalsozialismus wird weitgehend aus
- 19 dem öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs ausgeklammert und beim Gedenken nicht
- 20 erwähnt.
- 21 Bis heute greifen hier patriarchale Strukturen, in denen Frauen und Lesben nicht mitgedacht
- 22 werden, auch weil es viele Menschen gibt, die sie nicht mitdenken wollen. Wir wollen diese
- 23 Denkmuster nachhaltig durchbrechen.
- 24 Der Bundesfrauenrat von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzt sich solidarisch für die Rechte aller
- 25 Frauen ein, unabhängig von ihrer sexuellen Orientierung, Identität, Religion, Hautfarbe,
- 26 Behinderung, Alter, ihrem sozialen Status oder der Herkunft.
- 27 Die Rechte lesbischer, bisexueller, trans* und intersexueller sowie queerer Frauen sind für
- 28 uns unverhandelbare und universelle Frauenrechte. Sie umzusetzen ist unser gemeinsames
- 29 feministisches Anliegen. Wir sehen uns als Teil einer internationalen Frauen- und
- 30 Lesbenbewegung und stehen solidarisch an der Seite aller, die sich international für die
- 31 Rechte lesbischer, bisexueller und trans*und intersexueller sowie queerer Frauen einsetzen.
- 32 Wir treten für die tatsächliche, intersektionale und umfassende Umsetzung der Frauenrechte
- 33 ein. Denn Frauenrechte sind Menschenrechte!
- 34 **Sorgerecht und Regenbogenfamilien**
- 35 Für uns sind alle Familien gleich. Wenn wir allerdings die aktuelle Debatte zum sogenannten

35 Abstammungsrecht und die damit einhergehenden Eltern-Kind-Zuordnungen (Stichwort:
36 Sorgerecht) genau betrachten, wird sehr schnell klar, dass es trotz der Ehe für Alle noch
37 keine Gleichberechtigung gibt. Die aktuelle Rechtslage stellt Kinder, die in
38 gleichgeschlechtliche Ehen oder Partnerschaften hineingeboren werden, schlechter. Ihnen
39 fehlt die Rechtssicherheit durch zwei rechtliche Elternteile. Lesbischen Paaren wird so
40 weiterhin die Möglichkeit verwehrt, von der Geburt des Kindes an gemeinsam die Sorge zu
41 übernehmen. Das wollen wir ändern. Familie ist immer schon mehr als lediglich
42 Blutsverwandtschaft. Ein Festhalten an dieser rein biologistischen Sichtweise diskriminiert
43 darüber hinaus auch Pflege- und Adoptivfamilien.

44 Es muss das Wohlergehen des Kindes im Mittelpunkt stehen, das unabhängig von der sexuellen
45 Orientierung der Eltern ist.

46 **Angemessenes Gedenken**

47 Lesbische Frauen wurden oft als sogenannte "Asoziale" in den Konzentrationslagern grausam
48 ermordet, als "Umerziehungsmaßnahme" zur Prostitution gezwungen oder in Psychiatrien
49 gefoltert und weggesperrt. Im Nachkriegsdeutschland wurde darüber hinaus etlichen Müttern
50 das Sorgerecht entzogen, weil sie lesbisch liebten. An all diese Frauen muss in der
51 deutschen Gedenkkultur erinnert werden. Wir wollen diese Frauen nicht vergessen.

52 Wir wollen uns ausdrücklich dafür einsetzen, dass eine zeitgemäße Gedenkkultur auch die
53 historische und wissenschaftliche Erforschung und Aufarbeitung der Geschichte lesbischer,
54 trans*, bi- und intersexueller sowie queerer Frauen beinhaltet, die während des
55 Nationalsozialismus und in der späteren Rechtsprechung im Nachkriegsdeutschland verfolgt
und

56 diskriminiert wurden. Damit dies möglich wird, braucht es ausreichend Mittel für die
57 Forschung und Schaffung von Gedenkkultur.

58 Gemeinsam werden wir uns für mehr Sichtbarkeit, Gerechtigkeit und Gedenkkultur von
59 lesbischen, trans*, bi- und intersexuellen sowie queeren Frauen einsetzen.

Die Hälfte der Macht für Frauen - Parität in den Parlamenten!



1. Bundesfrauenrat 2019
4./5. Mai 2019, Berlin

Gremium: Bundesfrauenrat, BAG Frauenpolitik
Beschlussdatum: 05.05.2019
Tagesordnungspunkt: P Parität in Parlamenten

- 1 Durch die Bundestagswahl 2017 ist der Frauenanteil im Bundestag auf das Niveau von 1998,
- 2 etwa 30 Prozent, zurückgefallen. Von 709 Mitgliedern des Bundestages sind derzeit lediglich
- 3 218 Frauen. Und auch in einigen Landesparlamenten geht der Frauenanteil zurück.
- 4 Das liegt vor allem daran, dass in den Bundestagsfraktionen von CDU/CSU (19,9 %), FDP (22,5
- 5 %) und AfD (10,8 %) deutlich weniger Frauen vertreten sind. Bei BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN
- 6 wiederum liegt der Frauenanteil bei 58,2 %, bei der Linken bei 53,6 % und bei der SPD bei
- 7 41,8 %. Das zeigt: Die Frauenquote wirkt! Und je verbindlicher sie ausgestaltet ist, desto
- 8 besser. Aber klar ist auch, dass die Einhaltung der Frauenquote für Parteien, die
- 9 Abgeordnete vor allem über Landeslisten entsenden, einfacher ist.

- 10 Die sinkende Beteiligung von Frauen an parlamentarischen Debatten ist nicht der einzige
- 11 Rückschritt. Gleichzeitig haben wir es mit einem Erstarren von sexistischem Verhalten inner-
- 12 und außerhalb der Parlamente und mit einem Rollback zu tun, der sich gegen erkämpfte
- 13 Frauenrechte wendet.

- 14 Frauen sind in unserer Gesellschaft nach wie vor nicht gleichberechtigt beteiligt. Der Blick
- 15 der Politik ist in vielerlei Hinsicht bis heute ein männerdominierter Blick. Auch 100 Jahre
- 16 nach Einführung des Frauenwahlrechts sind wir immer noch weit entfernt von einer
- 17 paritätischen Repräsentanz von Frauen in Ämtern und Mandaten.

- 18 Wir Grüne kämpfen seit unserer Gründung für Frauenrechte und für mindestens die Hälfte der
- 19 Macht für Frauen. Nicht zuletzt verstehen wir es als politischen Auftrag, durch das
- 20 Grundgesetz dafür Sorge zu tragen, dass Frauen gleichberechtigt an gesellschaftlichen und
- 21 politischen Debatten teilhaben. Die Hälfte der Bevölkerung sind Frauen, da ist es ein
- 22 Gebot der Demokratie, dass sie gleichberechtigt über die Gesetze, die ihr Leben
- 23 beeinflussen, mitentscheiden können.

- 24 Wir Grüne haben seit 1986 das Frauenstatut verpflichtend in unserer Satzung verankert, mit
- 25 einer starken Mindestquotierung und vielen weiteren Instrumenten für mehr Beteiligung von
- 26 Frauen. Unsere Grüne Frauenquote ist ein Erfolgsrezept. Dank ihr sind bei uns so viele
- 27 Frauen auf allen Ebenen, in allen Gremien und Parlamenten vertreten.

- 28 Die gleichberechtigte Beteiligung von Frauen kommt nicht von allein. Und bei CDU/CSU, FDP
- 29 und AfD ist keine Bereitschaft da, verbindliche strukturelle Maßnahmen zu ergreifen, um den
- 30 Frauenanteil in den eigenen Reihen zu erhöhen und für eine angemessene Repräsentanz zu
- 31 sorgen. Selbstverpflichtungen bringen uns nicht weiter. Deswegen haben BÜNDNIS 90/ DIE
- 32 GRÜNEN in den verschiedenen Landesparlamenten Paritätsgesetze vorgelegt oder bereiten
- 33 diese vor.

34 Auch auf Bundesebene muss sich endlich etwas bewegen. Deswegen fordern wir ein
35 Paritätsgesetz für die Wahl zum Deutschen Bundestag. Denn wir wollen, dass alle Parlamente
36 mindestens zur Hälfte mit Frauen besetzt werden.

37 Wir wollen, dass aus dem Parlament heraus ein wirksames Paritätsgesetz erarbeitet wird, das
38 folgende Kriterien erfüllt:

- 39 • Wir wollen echte Parität in den Parlamenten. Das bedeutet, dass es sowohl für Listen
40 als auch für Direktwahlkreise eine Quotierung geben muss, die dazu führt, dass am Ende
41 auch mindestens 50 Prozent Frauen im Parlament vertreten sind.
- 42 • Ein Paritätsgesetz muss auch die 3. Geschlechtsoption einschließen.
- 43 • Bei Nichteinhaltung des Paritätsgesetzes muss es klare Sanktionen geben.

44 Aber mit einem Paritätsgesetz oder einer Frauenquote allein ist es nicht getan. Gleichzeitig
45 sind die Parteien auch selbst gefordert, mehr Frauen für das politische Engagement zu
46 gewinnen. Um das zu erreichen, muss sich die politische Kultur in den Parteien und
47 Parlamenten ändern. Es braucht Frauen-Mentoring-Programme, Frauenräume und ein
48 Redeverhalten, das alle Menschen anspricht und niemanden ausschließt. Gleichzeitig müssen
49 Parteien dafür Sorge tragen, dass die Ausübung von Ämtern und Mandaten mit der Sorge für
50 Familie und zu pflegenden Angehörige besser vereinbart werden kann. Insbesondere im Bereich
51 der ehrenamtlichen (Kommunal-) Politik ist es eine Herausforderung, Politik, Beruf und
52 Familie zu vereinbaren. Hier haben alle Parteien noch einiges zu tun. Und auch bei uns
53 Grünen gibt es Nachholbedarf. Die Debatte über das Paritätsgesetz wollen wir als Anlass
54 nutzen, um unsere eigenen Strukturen und unsere politische Kultur – von der Bundesebene bis
55 hin zu den Kreis- und Ortsverbänden – weiter zu verbessern.

Für einen solidarischen Feminismus für alle



1. Bundesfrauenrat 2019
4./5. Mai 2019, Berlin

Gremium: Bundesfrauenrat, BAG Frauenpolitik
Beschlussdatum: 05.05.2019
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

1 Unsere Gesellschaft ist vielfältig. Menschen mit ganz unterschiedlichen Lebensgeschichten,
2 Religionen und Prägungen leben hier zusammen. Ein zeitgenössischer Feminismus ist einer, der
3 diese Verschiedenheit anerkennt, wertschätzt und sich damit natürlich auch kritisch
4 auseinandersetzt. Mit einer Haltung, die Vielfalt als Problem wahrnimmt und Vorurteile
5 reproduziert, lösen sich die Herausforderungen der vielschichtigen und komplexen
6 Gesellschaft dagegen nicht.

Feminismus muss andere Diskriminierungsformen einbeziehen

8 Unser Feminismus akzeptiert, dass Menschen unterschiedlich sind. Es gibt mehr
9 Diskriminierungen als nur die aufgrund des Geschlechts. Die Welt teilt sich nicht nur in
10 Männer und Frauen. Menschen werden auch aufgrund von Hautfarbe, Herkunft, Religion,
11 Behinderung, sexueller Identität oder sozialer Klasse diskriminiert. Und Feministinnen
12 müssen auch diese Diskriminierungen bekämpfen.

13 Deswegen ist für uns das Konzept des intersektionalen Feminismus ein wichtiger Ansatzpunkt.

14 Intersektionaler Feminismus ist ein Feminismus, der den Blick weitert und nicht nur die
15 Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern bekämpft, sondern andere
16 Diskriminierungsformen

17 einbezieht. Ein kraftvoller Feminismus, der es schafft, dass sich verschiedene Frauen in
18 ihrem jeweils individuellen Emanzipationsstreben solidarisch unterstützen und Seite an Seite
19 füreinander einstehen können.

Feministinnen kämpfen gegen jede patriarchale Gewalt

20 Gleichzeitig wissen wir, es gibt nach wie vor strukturelle Diskriminierungen, die alle
21 Frauen betreffen, einfach weil sie Frauen sind. Diese Strukturen gemeinsam und nicht in
22 Abgrenzung zueinander zu bekämpfen, das macht Frauen stärker – alle Frauen. Dafür steht
23 unsere grüne Frauenpolitik. Intersektionaler Feminismus bedeutet für uns, dass wir
24 patriarchale Strukturen, das Machtgefälle von Männern gegenüber Frauen, benennen und
25 politisch bekämpfen.

26 Für uns ist klar: Keine Ideologie, keine Religion, keine Kultur kann rechtfertigen, die
27 Würde, die Selbstbestimmung und die Rechte von Frauen einzuschränken.

28 Egal wo und von wem das Selbstbestimmungsrecht angegriffen wird, erfährt dies unseren
29 lauten

30 Widerspruch und dem stellen wir uns klar entgegen.

31 Und egal ob patriarchale Gewalt von weißen Deutschen oder von Männern mit
32 Migrationsgeschichte, von Muslimen, Christen oder von Atheisten ausgeübt wird, Feministinnen
33 stehen dagegen auf.

Solidarischer Feminismus

34 Genauso klar ist für uns, dass Feminismus niemals die Rechtfertigung dafür sein kann, Frauen
35 zu entmündigen. Selbstbestimmungsrechte gelten für jede Frau – egal, wie sie lebt und wo sie
36 sich zugehörig fühlt. Jede Frau hat das Recht, über sich, ihren Körper, ihre Identität und
37 auch über ihr Aussehen und ihre Kleidung selbst zu entscheiden. Niemand darf einer Frau ein
38 Kopftuch aufzwingen. Aber genauso wenig darf eine Mehrheit einer Frau pauschal ein Kopftuch
39 verbieten. Solidarischer Feminismus bedeutet, dass wir - jede nach ihrer Fassung – gemeinsam
40 für die universalen Rechte von Frauen kämpfen.

41 Ein intersektionaler Feminismus übersieht nicht, dass wir es gesamtgesellschaftlich mit
42 einem gefährlichen Rechtsruck zu tun haben, der sich nicht nur, aber insbesondere gegen den
43 Islam und hier lebende Muslim*innen richtet, genauso wie gegen Menschen, die hierher
44 einwandern. Das ist umso wichtiger, weil rechte Kräfte ganz gezielt vermeintlich
45 Frauenrechte als Treibmittel für ihren Populismus missbrauchen. Da werden Frauenmärsche
46 organisiert, an denen überwiegend Männer teilnehmen. Mordfälle an Frauen und sexuelle
47 Übergriffe werden missbraucht, um Menschen gegeneinander aufzuwiegeln und um gegen
48 Geflüchtete und Migrant*innen zu hetzen.

49 Diese gezielte Methode der Rechten hat konkrete und brutale Auswirkungen auf Frauen, auch
50 auf Musliminnen. Statt Frauen zu schützen, wie es die Kampagnen der Rechten suggerieren,
51 werden sie als Propaganda-Mittel für eigene Zwecke benutzt. Die hasserfüllte Stimmung, die
52 dadurch erzeugt wird, führt dazu, dass Musliminnen oder Frauen of Colour auf offener Straße
53 beleidigt und immer öfter sogar tödlich angegriffen werden.

54 **Für Offenheit und Vielfalt**

55 Für uns als grüne Frauen ist es selbstverständlich, uns solidarisch an die Seite aller
56 Frauen zu stellen, die angegriffen, beleidigt oder diffamiert werden. Dass Frauen Frauen
57 stärken, ist ein wesentlicher Bestandteil von Feminismus.

58

59 Wir stellen uns gegen eine einseitige und härtere Konfrontation nur mit dem Islam, wie sie
60 aktuell geführt wird. Die Pauschalverurteilung ganzer Bevölkerungsgruppen steht unserer Idee
61 von Feminismus entgegen.

62 Gerade in Zeiten des Rechtsrucks treten wir für einen Feminismus ein, der alle Frauen meint.

63 Für einen Feminismus, der solidarisch und antirassistisch ist.